

GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 5 / 50
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zum Budget 2013 und zum Finanzplan 2014 - 2016

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

Präsident: Walter Marty, Ellighausen
Mitglieder: Kurt Baumann, Sirnach
 Ueli Oswald, Berlingen
 Daniel Wittwer, Sitterdorf

Allgemeine Bemerkungen zum Voranschlag 2013 und Finanzplan 2014 - 2016

Die Subkommission bedankt sich beim Regierungsrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Die Gesamtrechnung des Budgets 2013 ist zwar nicht zufriedenstellend, die Bemühungen der Regierung und der Verwaltung, den Sparhebel anzusetzen sind jedoch ersichtlich. Trotzdem vermisst die Subkommission die Überprüfung der Leistungen, welche zwingend zu den Sparbemühungen gehören. Wünschenswert und aussagekräftiger wäre der Vergleich des Budgets 2013 mit dem Budget 2012. Der Finanzplan 2013 wurde von der GFK nur zur Kenntnis genommen und verfolgte eine andere Strategie als das heutige Budget 2013.

Voranschlag 2013 DFS

Die Bruttoaufwendungen und –erträge nehmen um je rund 22 Millionen Franken zu. Die wichtigsten Abweichungen sind in der Botschaft des Regierungsrates aufgelistet. Vor allem im Bereich des Gesundheitswesens sind Mehraufwendungen in der Höhe von rund 15 Mio. budgetiert. Das Gesundheitswesen wird auf Bundesebene definiert und muss vom Kanton so umgesetzt werden. Unterschiedlich wird in den Kantonen mit den Investitionen bei den Spitalbauten umgegangen. Grundsätzlich besteht ein Zwang, die Investitionen über die Fallpauschale zu finanzieren.

Die befristeten Stellen haben auch beim DFS zugenommen. Das Ziel sei die Spitzen zu brechen. In vielen Fällen könnten zusätzliche Aufgaben oder Projekte nicht mit dem bestehenden Personal erfüllt werden. Die Dauer der befristeten Stellen dauert 2 Jahre.

Der Kanton plant rund 70 Mio. als Darlehen aufzunehmen. Je nach Zinsniveau kann es zu gegebener Zeit sehr wohl ratsam sein, den Betrag höher anzusetzen. Es handelt sich dabei um eine Planungsgrösse.

Im Voranschlag 2013 sind folgende Auflösungen von Reserven enthalten:

- 7435 Entnahme NFA-Schwandungsreserve 10 Mio.
- 7547 Auflösung Rückstellung Gesundheitswesen 12 Mio.
- 7548 Auflösung Rückstellung Palliative Care 0.8 Mio.
- 7549 Auflösung Rückstellung für Nachwuchsförderung 0.4 Mio.

Der Personalaufwand steigt mit 4,3% relativ stark. Im Budget 2012 ist eine Pauschalkürzung von 3.8 Mio., im Budget 2013 von 1.8 Mio. Franken enthalten. Ohne Berücksichtigung dieser Pauschalkürzungen steigt der Personalaufwand im DFS effektiv um 1%.

Finanzplan 2014 – 2016 DFS

Zukünftig soll dem Finanzplan eine grössere Beachtung geschenkt werden. Dort werden die Weichen für die Zukunft gestellt und sollten nicht einfach zur Kenntnis genommen werden. Es soll vermehrt Einfluss auf die kommenden Geschäfte genommen werden und so Signale an die Regierung gesendet werden.

Die Regierung rechnet mit einer nominalen Steigerung des Bruttoinlandprodukts von 2,7. Dies erscheint der Subkommission zu hoch.

Im Finanzplan sind die vorgesehenen Massnahmen der „Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden“ bereits eingeflossen. Es wird mit einer jährlichen Lohnerhöhung von 2% gerechnet.

7010 Generalsekretariat

Die Steigerung der Einnahmen resultiert im Wesentlichen aus der erhöhten Beteiligung des Generalsekretariats an den Gebühreneinnahmen für gesundheitspolizeiliche Bewilligungen. Diese werden vom Gesundheitsamt ausgefertigt, wobei das GS den rechtsdienstlichen Support leistet.

7110-7120 Personalamt

Der Aufwand beim Personalamt steigt kontinuierlich, der Ertrag jedoch sinkt. Die Ressource „Personal“ ist in einem Dienstleistungsbetrieb besonders wichtig. Ein personalintensives Unternehmen wie der Kanton benötigt Personalberater und –entwickler wie es für Strassen Ingenieure und für Hochbauten Architekten braucht. Einsparungen könnten nur über Personalabbau gemacht werden, was die interne Beratungstätigkeit und Schulung reduzieren würde. Ein nachhaltiger Abbau von Beratungsdienstleistungen würde bei den Führungspersonen negativ aufgenommen. Auch ein Abbau bzw. Verzicht bei der Schulung wäre ein sehr schlechtes Signal an das Personal und widerspräche den stets zunehmenden Anforderungen in der Verwaltung.

Die grosse Abweichung bei den allgemeinen Personalkosten (7120) ist einerseits mangels Bestand der Reserve entstanden. Andererseits ist die Pauschalkürzung gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. geringer.

7210 Amt für Informatik

Einige Konzernprojekte sind im Budget 2013 gestrichen worden und auf die Jahre 2014 – 2016 verschoben worden.

7250-7260 Finanzkontrolle / Datenschutz

Der Datenschutzbeauftragte ist neu der Staatskanzlei unterstellt. Bei der Budgeterstellung war diese neue Zuteilung noch nicht bekannt und daher in dieser Kontengruppe aufgeführt. Die Auswahl des Datenschutzbeauftragten läuft noch. Die Anstellung soll auf den 1. März 2013 oder spätestens auf den 1. April 2013 erfolgen.

7310-7355 Finanzverwaltung

Erfreut konnten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Aufwand sinkt und die Einnahmen steigen.

Die Subkommission konnte Einblick in die Übersicht der gemieteten Objekte des Kantons nehmen. Aus Persönlichkeitsschutz kann diese Übersicht nicht veröffentlicht werden.

Der Gewinnanteil der Thurgauer Kantonalbank ist gesichert, solange die Kantonalbank über eine branchen- und marktübliche Ertragslage verfügt und die Eigenkapitaldeckung über 200% liegt. Die Ablieferung wird von der Subkommission als angemessen angesehen.

7410-7425 Steuerverwaltung

Die Belastung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Produktgruppe Natürliche Personen) ist sehr hoch. Die Anzahl pro Kopf zu bearbeitenden Fälle sind im interkantonalen Vergleich Verhältnis überdurchschnittlich. Eine Vereinfachung der Steuerpraxis wäre äusserst wünschenswert. Dazu beitragen könnte die Aufhebung steuerlicher Abzüge. Pauschalen wären ebenfalls hilfreich, doch in der Regel sind sie gemäss StHG nicht zulässig (z.B. nur noch Liegenschaftsunterhaltspauschale anstelle der effektiven Kosten).

Die genauen Zahlen der Einkommens- und Vermögenssteuern werden monatlich erhoben. Der Ertrag 2012 wird in etwa 25 bis 30 Mio. Franken unter dem Budget 2012 liegen. Dies ist dann auch die Grundlage für die Berechnung der Entwicklung für das Budget 2013. Für das Budget 2013 wurde mit einer Steigerung gegenüber dem Trend 2012 von rund 3.9% gerechnet. Der Veranlagungsstand 2012 liegt um ca. 5 bis 6% hinter dem Vergleichsjahr 2011 zurück. Das heisst, dass die Nachsteuern im 2013 ansteigen dürften.

7510-7515 Fürsorgeamt

Die Betriebsbeitragsabrechnungen (7518.4631.000) 2010 und 2011 zeigten einen geringeren Aufwand. Entsprechend fielen die Rechnungen an andere Kantone für ihre Personen mit Behinderung in Thurgauer Einrichtungen ebenfalls geringer aus. Die Budgetierung trägt diesem Umstand Rechnung.

Die Ehe- und Familienberatungsstelle ist neu im Zweckverband Perspektive integriert. Der Leistungsauftrag der Perspektive läuft über den Kantonsärztlichen Dienst (Gesundheitswesen) und wurde daher nicht mehr im Fürsorgeamt budgetiert.

Der Kanton hat auf den 1.1.2008 die Verpflichtung vom Bund übernommen, die Investitionen der IV-Heime mitzufinanzieren. Der Kanton leistet Investitionsbeiträge in der Höhe von 55% an die anrechenbaren Investitionskosten. Der Neubau Besmerhus ist notwendig und das Bedürfnis ausgewiesen.

7535-7550 Gesundheitsamt / Kantonsapotheker / Kantonsarzt

MTK (7547.3634.320) heisst Medizinaltarifkommission. Sie tarifiert die Leistungen gemäss UVG und MRVG (Unfallversicherungsgesetz und Militärversicherungsgesetz). Es sind damit die Beiträge an Spitalaufenthalte gemeint, die nicht über die Krankenversicherung (KVG) sondern aufgrund von UVG oder MVG zu zahlen sind.

Der Saldo des Rückstellungskonto Gesundheitswesen betrug per 1.1.2012 32.4 Mio. Franken. Über das gleiche Rückstellungskonto werden auch die Beiträge an die ärztliche Grundversorgung (7549) finanziert. Im Jahre 2012 wurden 8.35 Mio. aufgelöst. Im Budget 2013 sind Auflösungen in der Höhe von 12.4 Mio. vorgesehen.

7580 Kantonales Laboratorium

Keine Bemerkungen

Voranschlag 2013 SK

Die Staatskanzlei hat mit dem vorliegenden Voranschlag die Zielsetzung erreicht. In der BLDZ wurden rund 600'000 Franken als Konzernkosten für die Möblierung des Regierungsgebäudes budgetiert.

2100 Staatskanzlei

Für das Jahr 2013 sind gemäss Beschluss Büro die Anschaffung neuer Tische in den Ratssälen Frauenfeld und Weinfelden geplant. Die Einführung der elektronischen Abstimmung ist noch nicht vorgesehen, die Abklärungen werden jedoch vorangetrieben. Die Kosten fürs GRIPS (Wartungskosten gemäss Angaben des Amtes für Informatik) sind in den Dienstleistungen Informatik enthalten.

Das Einwohnerregisterreplikat wurde anfangs über die Staatskanzlei geführt. Jetzt wurde eine zweite Phase eingeleitet. Die Federführung für den nächsten Schritt soll bei einem Amt liegen, welches ein grosses Interesse an diesem Register hat. Die Projektführung für die zweite Phase liegt daher nicht mehr in der Staatskanzlei sondern bei der Steuerverwaltung.

Das E-Voting für Inlandschweizer wird eng verfolgt und kann nur in Zusammenarbeit mit den Gemeinden realisiert werden. Die Voraussetzung ist, dass Kanton und Gemeinden die gleiche Informatikplattform benutzen. Die Verschlüsselungsfragen sind sehr anspruchsvoll. Im Budgetjahr 2013 ist noch nichts vorgesehen. Wenn die Vorgaben für die Sicherheitsvorgaben vom Bund bekannt sind, kann mit diesem Projekt gestartet wer-

5/5

den. Primär ist das Ziel jedoch, Nationalratswahlen für Auslandschweizer per e-Voting zu ermöglichen.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale

Die meisten Budgetzahlen der BLDZ ergeben sich aus dem Zusammenzug der Budgeteingaben der Ämter und sind selber kaum zu beeinflussen. Der Deckungsgrad ist von gewissen Zufälligkeiten abhängig, ob es sich bei den Bestellern um verrechnungspflichtige Stellen handelt oder nicht. Die Kosten für den Umzug zurück ins Regierungsgebäude (DEK, DFS, DJS, SK) für Büromöbel etc. ist bei der BLDZ als Pool budgetiert und werden dort ohne Weiterverrechnung als Konzernkosten verbleiben.

Finanzplan 2014 – 2016 SK

Keine Bemerkungen

Ellighausen, 5. November 2012

Der Subkommissionspräsident
Kantonsrat Walter Marty